

Stand: 05.04.2026 17:20:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18863

"Pariser Klimaabkommen umsetzen: Kohleausstieg zügig einleiten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18863 vom 08.11.2017
2. Beschluss des Plenums 17/18952 vom 09.11.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganse-
rer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Stein-
berger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Pariser Klimaabkommen umsetzen: Kohleausstieg zügig einleiten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für den Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland einzusetzen. Grundlage des Kohleausstiegs soll ein Treibhausgasemissionsbudget sein, das sich aus der 1,5 Grad Zielsetzung des Pariser Klimaabkommens ergibt.

Um dieses Budget einerseits möglichst sozialverträglich und stromwirtschaftlich sinnvoll einzusetzen und andererseits die Klimaziele für 2020 einzuhalten, ist eine kurzfristige Stilllegung von Kraftwerksüberkapazitäten im Braunkohlebereich erforderlich.

Begründung:

Nach Berechnungen des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) darf Deutschland im Stromsektor noch maximal 800 bis 3.000 Mio. Tonnen CO₂ emittieren. Die unterschiedlichen Zahlen ergeben sich, je nachdem ob das 1,5 Grad Ziel oder das 2,0 Grad Ziel zu Grunde gelegt wird. Für die Brückentechnologie Gaskraft sollten nach Berechnungen des SRU dabei noch 300 bis 1.000 Mio. Tonnen CO₂ als Budget reserviert werden. Das heißt, dass die Kohleverstromung noch ein Budget von 500 bis 2.000 Mio. Tonnen hat.

Durch die Kohleverstromung werden in Deutschland ungefähr 250 Mio. Tonnen pro Jahr emittiert. Das Budget von 500 Mio. Tonnen wäre somit bei Fortführung der derzeitigen Kohleverstromung nach bereits zwei Jahren verbraucht. Auch im „2 Grad Szenario“ wären die 2.000 Mio. Tonnen nach 8 Jahren bereits aufgebraucht.

Sowohl zur Erreichung der deutschen Klimaziele für 2020 (40 Prozent Reduktion) als auch für den geordneten Ausstieg aus der Kohleverstromung ist eine rasche Stilllegung von Braunkohlekraftwerken umzusetzen. Die seit Jahren steigenden Exporte dreckigen Kohlestroms in die Nachbarländer zeigen deutlich die vorhandenen Kraftwerksüberkapazitäten in Deutschland auf.

Es ist deshalb wichtig, dass 2018 eine Entscheidung über den geregelten Ausstieg aus der Kohleverstromung erfolgt. Der Freistaat Bayern kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Es ist sinnvoll, dieses Budget nicht innerhalb kurzer Zeit auszuschöpfen, sondern einen möglichst geordneten Übergang mit diesem Budget zu gestalten. Dazu ist es sinnvoll, die aktuell vorhandenen Kraftwerksüberkapazitäten kurzfristig aus dem Markt zu nehmen um die Kraftwerkskapazitäten, die während des forcierten Ausbaus der erneuerbaren Energien noch gebraucht werden, länger nutzen zu können.

Damit kann der Kohleausstieg auch sozialverträglicher abgewickelt werden, weil der Personalabbau und der Aufbau neuer Beschäftigungsmöglichkeiten nicht abrupt erfolgt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/18863

Pariser Klimaabkommen umsetzen: Kohleausstieg zügig einleiten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Eva Gottstein

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Natascha Kohnen

Staatsministerin Ilse Aigner

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Pariser Klimaabkommen umsetzen: Kohleausstieg zügig einleiten

(Drs. 17/18863)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Energiewende voranbringen - Kohleausstieg jetzt beschleunigen (Drs. 17/18872)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Stümpfig. Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Versagen der deutschen Klimapolitik liegt darin, dass hehre und wohlmeinende Ziele formuliert, aber dann nicht umgesetzt werden.

(Florian von Brunn (SPD): Abstimmen!)

– Abstimmen zum jetzigen Zeitpunkt wäre sinnvoll, dann hätten wir die Mehrheit hier im Hause.

Wir haben das Ziel, bis 2020 die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 um 40 % zu reduzieren. Davon sind wir weit entfernt. Wir sind auch meilenweit davon entfernt, eine Million Elektroautos auf die Straße zu bekommen und einen Einstieg in die emissionsfreie Mobilität zu erreichen. Wir haben Emissionshandelszertifikate, die ihre eigentliche Wirkung erst ab 30 Euro pro Tonne zeigen. Momentan liegt der Preis bei unter 7 Euro.

Wir haben CO₂-Grenzwerte für Autos, für deren massive Aufweichung sich unsere Bundesregierung in Brüssel eingesetzt hat. Außerdem haben noch die Konzerne stark manipuliert. Unterm Strich wird hier nichts eingehalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ganze ist fatal für unser Klima. Im Jahr 2017 haben wir die Auswirkungen massiv gespürt. Laut dem Klimareport der Staatsregierung hatten wir bis zur Jahrtausendwende im Jahresdurchschnitt fünf sogenannte heiße Tage mit über 30 Grad. In der nahen Zukunft steuern wir auf 19 heiße Tage pro Jahr zu. Das ist eine Vervierfachung.

Nach der Münchner Rückversicherung hatten wir Jahr 1980 weltweit 200 sogenannte Großschadensereignisse. Letztes Jahr hatte man nahezu 800 solcher Ereignisse. Auch hier handelt es sich also um eine Vervierfachung. Es ist ganz klar, dass wirklich die Alarmglocken schrillen. Wir müssen schleunigst etwas tun.

Fatal ist das aber nicht nur fürs Klima, sondern fatal auch für die Politik. Es fördert die Politikverdrossenheit, wenn Politiker immer nur Vereinbarungen beschließen und unterschreiben, aber dann nicht umsetzen. Es bringt uns nicht weiter, wenn wir uns, wie etwa bei der aktuellen Sondierungsrunde in Berlin, beim Klimaschutz nur darauf einigen, die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten. Dann wird sich gegenseitig immer dafür auf die Schulter geklopft, dass man sich an das, was man schon einmal beschlossen hatte, auch halte. Das ist nichts Neues. Es müssen jetzt endlich sowohl die bisherigen Ziele eingehalten als auch neue Maßnahmen ergriffen werden.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Dafür sind die GRÜNEN da! – Natascha Kohnen (SPD): Das ist gerade der Punkt!)

Wir werden uns in Berlin massiv dafür einsetzen, dass hier wirklich Maßnahmen ergriffen werden. Das ist ganz klar.

(Sandro Kirchner (CSU): Was ist mit der Landespolitik, Herr Stümpfig?)

Letztlich kommt es nicht darauf an, Prozente einzusparen, sondern es geht um die absolute Menge an CO₂ und Treibhausgasen, die in die Luft geblasen werden. Jahreszahlen sind hier wichtige Meilensteine. Fürs Klima und für die Umwelt zählt aber die absolute Menge dessen, was wirklich herauskommt, und wie viel CO₂ in die Umwelt ausgestoßen wird. Hierzu hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen im Oktober dieses Jahres einen wichtigen Vorschlag gemacht. Das ist auch der Kernpunkt unseres Antrages heute. Es geht um ein Budget.

Wenn wir das 1,5-Grad-Ziel bzw. das 2-Grad-Ziel einhalten und uns zur Verpflichtung von Paris bekennen wollen, dann bleibt für Deutschland noch ein bestimmtes Maß an Treibhausgasemissionen übrig. Umgerechnet auf CO₂-Äquivalente und verteilt auf die Sektoren bedeutet dies für die große Stellschraube Stromsektor, über die wir heute aufgrund mangelnder Zeit einzig reden, ein Budget von 500 bis 3.000 Millionen Tonnen CO₂, die wir noch in die Luft blasen können. Die unterschiedlichen Zahlen erklären sich daraus, dass man einmal das 1,5- und einmal das 2-Grad-Ziel zugrunde legt.

Warum steht jetzt die Braunkohle so im Fokus? – Die Braunkohle ist in unserer Stromwirtschaft für 50 % der Treibhausgase verantwortlich. Sie erzeugt aber nur ein Viertel unseres Stroms. Gleichzeitig verkaufen wir annähernd 10 % unserer Stromerzeugung ins Ausland. Wenn wir jetzt ein Drittel der Braunkohlekapazität stilllegen würden, hätten wir auf einen Schlag 15 % weniger CO₂-Emissionen in der Stromwirtschaft. Das wäre wirklich ein großer Gewinn für das Klima. Unter dem Strich wären wir aber noch immer Stromexporteur. Das heißt ganz klar: Selbst wenn wir auf einen Schlag von heute auf morgen ein Drittel der Braunkohlekapazität stilllegen, wird das niemand spüren. Wir würden nämlich immer noch Strom exportieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Was außer den Interessen der großen Stromkonzerne hindert uns also daran, endlich aus der Braunkohle auszusteigen? Der billige Braunkohlestrom versaut das Klima und die Klimabilanz. Er verstopft unsere Netze und lässt die Erneuerbaren Energien nicht

ins Netz. Er überschwemmt den europäischen Strommarkt und verhindert dort die Energiewende.

(Sandro Kirchner (CSU): Was ist mit Fakten? Gibt es auch Fakten dazu?)

Vor wenigen Wochen haben wir GRÜNE im Wirtschaftsausschuss einen Antrag zur CO₂-Bepreisung gestellt. Wir hatten noch vier andere Anträge. Sie können erahnen, wie die CSU abgestimmt hat: alles abgelehnt. Gestern haben aber die Wirtschaftsweisen einen Vorschlag zur CO₂-Bepreisung in Form einer nationalen Regel gemacht. Das ist der Vorschlag, den auch wir eingebracht hatten und der die ganzen Sonderregelungen wie KWK- und Offshore-Umlage abschaffen will. Stattdessen bedarf es endlich einer CO₂-Bepreisung, damit die dreckigen Technologien entsprechend teuer sind. Wir hatten dazu im Wirtschaftsausschuss nicht einmal eine Diskussion. Herr Kirchner, der jetzt gleich nach mir sprechen wird, hat es einfach pauschal abgelehnt.

(Sandro Kirchner (CSU): Dr. Fahn spricht!)

Wir bekommen jetzt aber von den Wirtschaftsweisen Unterstützung. Wir brauchen auch im Wirtschaftsausschuss wieder einmal fachliche Diskussionen. Liebe CSU, springen Sie deshalb beim Klimaschutz über Ihren Schatten! Ihre und unsere Kinder würden es Ihnen herzlich danken.

(Beifall bei den GRÜNEN – Erwin Huber (CSU): Wir springen nicht!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Stümpfig. – Vor dem Herrn Kirchner spricht jetzt noch der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Herr Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unser Antrag lautet: "Energiewende voranbringen – Kohleausstieg jetzt beschleunigen". In der Politik geht es auch um Glaubwürdigkeit. Darauf will ich zum Schluss zurückkommen.

Wir wissen alle: Die Anzahl der wetterbedingten Schäden durch Starkregen, Überflutungen und Stürme hat sich seit 1960 verdreifacht. Die durchschnittlichen Temperaturen steigen weltweit. 2016 war das bisher wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Deswegen liegen wir insgesamt auf einem Weg hin zu höheren Temperaturen und mehr CO₂. Das Klima hat sich zwar immer wieder gewandelt; aber für den gegenwärtigen beschleunigten Klimawandel ist der Mensch der Hauptverursacher. Das sagen im Moment alle Wissenschaftler. Das ist eigentlich klar.

Das Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 wurde inzwischen von fast allen Ländern unterzeichnet. Es sieht vor, dass die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf unter 2 Grad, zum Beispiel 1,5 Grad, reduziert wird. Die EU hat versprochen, bis 2030 – davon reden wir immer, und davon steht immer in den Zeitungen – insgesamt 40 % weniger Treibhausgase als 1990 auszustoßen. Klimaschutz – das ist wichtig – ist eine weltweite Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Der Meeresspiegel steigt immer noch mehr. Die Inselstaaten werden untergehen. Uns droht dann eine gigantische Völkerwanderung. Da ist es ein wichtiges Signal, dass zum Beispiel die Fidschi-Inseln beim gegenwärtigen Klimagipfel den Vorsitz haben. Man könnte sogar ironisch sagen, sie zeigen sich nochmal der Weltöffentlichkeit, bevor sie untergehen. Aber das ist nur ironisch gemeint.

Wie ist der aktuelle Stand bei der Klimaschutzumsetzung? – Inzwischen sagen alle Experten, dass selbst Deutschland seine hochgesteckten Klimaziele meilenweit verfehlen wird, obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel deren Erreichen noch im Wahlkampf versprochen hat. Sie hat gesagt, natürlich werden wir das Klimaziel erreichen. Natürlich wusste die Bundeskanzlerin, dass aufgrund des starken Wirtschaftswachstums der CO₂-Ausstoß steigt. Man kann sagen, das ist eine Art Wählertäuschung, die hier gemacht wurde. Man weiß, dass man das Ziel nicht erreicht, und trotzdem sagt man, dass man es erreicht. Wenn es gutgeht, wird Deutschland nicht auf 40 % kommen, sondern maximal auf 32 %. Aber – das ist wichtig – Deutschland ist immer das Vorbild, weltweit und europaweit. Wenn nicht einmal Deutschland trotz seiner hochge-

steckten Ziele und hochgelobten Energiewende und trotz seines offen zur Schau getragenen Ehrgeizes, seine Ziele 2020 zu erreichen, dies schafft, dann ist das ein Rückschlag nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für Europa. Beamte des Umweltministeriums warnen inzwischen vor einer Blamage Deutschlands.

Wir dürfen also nicht so argumentieren wie der BDI, der heute in der "WELT" schreibt: Wir setzen mit diesen Klimazielen den Wohlstand Deutschlands aufs Spiel. – Nein, und das wurde auch klar gesagt. Die Wirtschaftsprognosen in Deutschland, auch in Bayern, sind im Moment sehr gut. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand. Die Wirtschaftsweisen sprechen von einem richtigen Wirtschaftsboom in den kommenden Jahren. Das heißt also, wir dürfen und müssen unsere Klimaziele nicht vergessen. Wir müssen hier offensiver vorgehen.

Was meinen die Bürger in Deutschland? – Laut EMNID-Umfrage von letzter Woche sagen 69 % der Bevölkerung, dass für die neue Bundesregierung Klimaschutz im Zweifel vor wirtschaftlichen Interessen liegen muss. 69 % aller Deutschen sagen das! Da muss man konkret ansetzen. Einer der Hauptgründe ist der starke CO₂-Ausstoß aus den 150 Kohlekraftblöcken. Da freuen wir uns über das Ergebnis des Bürgerentscheids in München – das ist immerhin Deutschlands drittgrößte Stadt – mit 60 % Zustimmung. Die Münchner Bürger haben gezeigt, dass sie Klimaschutz ernst nehmen und dass hier ein Signal ausgeht an den Stadtrat, an die Stadtverwaltung und natürlich an die Politik, an den Landtag und auch nach Berlin. Die Bürger erwarten in Deutschland eine echte Energiewende. Das zeigen auch die vielen Demonstrationen, zum Beispiel am Samstag unter dem Leitsatz "Klima schützen – Kohle stoppen".

Tatsache ist, dass durch die Kohleverstromung in Deutschland jedes Jahr 250 Millionen Tonnen CO₂ emittiert werden. Ausstieg aus der Kohleverstromung heißt zunächst auch – das haben wir schon immer gesagt –, die dreckigen Braunkohlekraftwerke abzuschalten, gerade vor dem Hintergrund, dass wir so viele Kraftwerksüberkapazitäten haben und diesen Braunkohlestrom ins Ausland exportieren. Wir FREIE WÄHLER haben uns schon immer dagegen gewehrt, dass dreckiger Braunkohlestrom auf riesi-

gen Stromtrassen durch Deutschland transportiert wird. Wir wollen die regionale Energiewende ohne Kohlestrom voranbringen, und das ist möglich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich kann und soll das nur ein Anfang sein. Wir sagen klar und deutlich, dass die Energiewende in Deutschland praktisch zum Stehen gekommen ist. Wir haben deshalb weitere Anträge eingebracht. Auch andere Fraktionen haben das gemacht, weil wir sagen, dass der Ausbau der Windenergie zum Teil zum Erliegen gekommen ist. Deshalb sind die Anträge gestellt worden, die 10-H-Regelung insgesamt abzuschaffen. Die FREIEN WÄHLER wollen auch mit diesem Antrag, der in Kürze behandelt wird, die Energiewende voranbringen.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Morgen wollen Sie sie verhindern!)

Natürlich sind noch viele weitere Eckpunkte nötig, zum Beispiel die Förderung einer energetischen Gebäudesanierung. Das fördert auch das regionale Handwerk. Das ist für uns immer ganz wichtig. Wir wissen natürlich, dass bei der CO₂-Reduzierung auch der Verkehr auf dem Prüfstand steht. Wir brauchen hier umfangreiche Mobilitätskonzepte, die ideologiefrei Straßen, Schiene und ÖPNV optimal vernetzen. Man nennt das auch "Gesamtverkehrskonzepte".

Der Leitspruch der FREIEN WÄHLER für 2018 lautet "Die Zukunft unserer Kinder sichern". Der Klimaschutz steht hier ganz oben. Deshalb muss er – das ist ein weiterer Punkt, den wir hier in diesem Parlament behandeln – in der Bayerischen Verfassung stehen. Hier steht noch die zweite Lesung im Parlament an. Fangen wir also heute konkret an und erreichen einen beschleunigten Kohleausstieg. Da unterstützen wir auch den Antrag der GRÜNEN, weil wir noch nicht ganz sicher sind, ob die GRÜNEN in Berlin, denen es vor allem darum geht, wichtige Ministerämter zu bekleiden, diesen konsequenten Kohleausstieg durchsetzen können und werden. Gestern stand nämlich

in der Abendzeitung: Der grüne Kompromiss: Schonfrist bei der Kohle. – Was soll ich jetzt da denken? Da sage ich: Hoppla, sind die GRÜNEN da jetzt umgefallen?

(Katharina Schulze (GRÜNE): Klimaschutzziele einhalten!)

Dann habe ich gelesen, Claudia Roth habe in einem Wahlprüfstein des BUND Naturschutz geschrieben, die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab. Dann beginnt mal jetzt in Berlin und schaltet sie ab. – Aber wir fragen: Wie werden die GRÜNEN in einer Jamaika-Koalition agieren?

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

In der Politik geht es auch um die Glaubwürdigkeit. Das gilt natürlich auch im Hinblick auf die CSU. Eigentlich muss die CSU unserem Antrag zustimmen, wenn es um die Sache geht; denn es geht um ein Hinwirken auf einen raschen Kohleausstieg. Wer hier will das eigentlich nicht? Das möchte ich gern wissen. Das müssen Sie eigentlich auch in einer Jamaika-Koalition bringen, weil – damit ende ich – der Bürger in Deutschland den Klimaschutz vorantreiben will. Das sagen fast 70 % der Bevölkerung. Deshalb sagen wir: Wir wollen regionale Energie ohne den dreckigen Kohlestrom. Sagen Sie Ja zu unserem Antrag!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Dr. Fahn. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zum Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 17/18863 beantragt hat. Außerdem gebe ich bereits jetzt bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag – das ist in dem dritten Block der Dringlichkeitsanträge, Drucksache 17/18865, betreffend "Dritte Startbahn: Keine Umwandlung in Aktiengesellschaft – kein Wortbruch der Staatsregierung!" – ebenfalls namentliche Abstimmung beantragt hat.

Unser nächster Redner ist Kollege Kirchner. Bitte schön, Herr Kirchner.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Irgendwie habe ich ein Déjà-vu. Letzte Woche hatten wir bereits Dringlichkeitsanträge, auch der GRÜNEN. Darin wurden wieder Themen aufgegriffen, die wir schon in vielfältiger Form behandelt und diskutiert haben.

Herr Dr. Fahn, ich möchte kurz zu Ihnen, den FREIEN WÄHLERN, kommen. Ich dachte, das F in FREIE WÄHLER steht für "frei", aber mittlerweile könnte man auch sagen, es steht für "Fähnchen". Ich habe irgendwie das Gefühl, dass Sie Ihr Fähnchen in die Energiepolitik jetzt mit hineinhängen, weil Sie irgendwelche Diskussionen mitbekommen haben und Effekthascherei betreiben wollen, um dort vielleicht politisch zu polemisieren.

(Zurufe der Abgeordneten Florian Streibl und Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER))

Der zweite Punkt ist, Herr Dr. Fahn – – Ja, das mag sein. Das zeigt, wie – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER) – Florian
Streibl (FREIE WÄHLER): Also wirklich!)

– Herr Dr. Fahn, hören Sie einfach mal zu! Herr Dr. Fahn, Sie haben sich hier hingestellt und über erneuerbare Energien gesprochen. Sie haben die 10-H-Regelung, wie in der letzten Woche, auch wieder in Ihren Antrag hineingepackt. Sie selbst kommen aus Unterfranken. Sie haben Kollegen oder ehemalige Kollegen, die sich vor Ort stellen und gegen die Windkraft agieren. Sie haben Herrn Pohl als ehemaligen Bezirksvorsitzenden der FREIEN WÄHLER in Schwaben, der sich gegen die Windkraft vor Ort ausspricht. Sie sind dort diejenigen, bei denen über Stromleitungen diskutiert wird, die auf einmal Kraftwerke fordern und umgekehrt wieder den anderen Weg gehen. Halten Sie sich aus der Diskussion heraus! Das ist am besten für Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Ingrid Heckner (CSU): Sehr gut!)

Herr Stümpfig, nun zu Ihnen. Wir hatten letzte Woche schon einmal darüber gesprochen. Es sind meistens alte Themen, die Sie auf die Tagesordnung bringen, die nicht wirklich durchdacht sind. Sie agieren und diskutieren meistens theoretisch, aber nie im Kontext der gesamten Energiegewinnung, Stromversorgung, Energieversorgung etc. Bei Ihren Anträgen fehlen mir konkrete Lösungsvorschläge, die nicht nur auf das eine Thema abzielen, sondern auch den Gesamtzusammenhang betrachten und damit ein Stück weit seriös wirken; denn sonst ist es schon so, dass man bei Ihnen das Gefühl bekommt: Oh, da laufen gerade Sondierungsgespräche, vielleicht Koalitionsverhandlungen im Nachgang, und da wollen wir uns als Landtagsfraktion des Bayerischen Landtages, wo wir nicht wahrgenommen werden, auch wieder auf die Bühne der Politik stellen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Bei den Dingen, die Sie heute angesprochen haben, stellen wir schon fest, dass dies wieder einmal ein Beispiel dafür ist – wie Sie es beim EEG schon bewiesen haben –, dass Sie die Dinge nicht zu Ende denken. Auch Ihr jetziger Antrag mit der Forderung, den Kohleausstieg zu forcieren, ist schon etwas überhastet und zeigt, dass Sie es nicht verstanden haben, wie der Gesamtkontext aussieht.

Richtig ist, dass im Pariser Klimaschutzabkommen klare Ziele formuliert worden sind, unter anderem bis zum Jahr 2030 40 % der schädlichen Treibhausgasemissionen einzusparen. Sie haben richtigerweise angesprochen, dass die Ziele in Deutschland nicht bis zum Jahr 2030, sondern bis zum Jahr 2020 formuliert sind und dass man diese Ziele vermutlich nicht erreichen wird bzw. es abzusehen ist, dass sie nicht zu erreichen sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER) – Abgeordneter Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER) zeigt dabei mit dem Finger auf den Redner)

– Zeigen Sie nicht mit dem nackten Finger auf mich. Das ist unanständig!

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie genauer hinschauen und ehrlich diskutieren, auch mit Ihren Wählerinnen und Wählern ehrlich umgehen würden, dann würden Sie sehen, dass diese Diskussion ein Stück weit unter dem Blickwinkel zu betrachten ist, dass wir einen Kernenergieausstieg zu bewerkstelligen haben und dabei unsere Energiepolitik in den Vordergrund rücken müssen.

Klar und unbestritten ist es, dass für die Erreichung dieser Ziele die Kohle eine bedeutsame Rolle spielt und dass gewisse Themen der Kohle zugeordnet werden müssen. Aber, wie gesagt, das darf nicht überhastet geschehen, sondern muss mit einem zulässigen und vor allem planbaren, vertretbaren Ausstiegspfad geschehen, der damit definiert werden muss.

Herr Dr. Fahn, Sie haben gesagt, den Menschen liege nicht viel daran, dass wirtschaftliche Interessen damit verbunden seien.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nein!)

Energiepolitik für einen Wirtschaftsstandort Bayern, einen Wirtschaftsstandort Deutschland zeichnet sich in erster Linie dadurch aus, dass Versorgungssicherheit gewährleistet ist, weil sonst alles andere Makulatur ist.

Ziel und Aufgabe des Klimaschutzabkommens – das haben Sie überhaupt nicht angesprochen – ist es, dass die Beiträge der Länder verifiziert werden. Das steht für 2018 an. Dann wird es natürlich so sein, dass die Länder, die ihre Ziele nicht erreichen, nachkorrigieren müssen. Aber die Diskussion kann nie allein für ein Land diskutiert werden, sondern muss im Gesamtkontext betrachtet werden. Es ist eine Aufgabe nicht nur der Europäischen Gemeinschaft, sondern der Weltgemeinschaft, dort entsprechend zu agieren. Es gibt dieses europäische Emissionshandelssystem, das genau diese Aspekte berücksichtigt.

Wenn man so überhastet aus der Kohle aussteigen möchte wie Sie, Herr Stümpfig, dann ist es schon so, dass Sie zwar auf den ersten Blick suggerieren, dass man die CO₂-Ziele damit leichter erreichen kann. Aber es ist nur scheinbar so und damit ein Etikettenschwindel; denn wenn Sie so agieren, täuschen Sie die Bevölkerung. Sie enthalten der Bevölkerung damit den Fakt vor, dass es einen europäischen Strommarkt gibt, dass es ein gekoppeltes Strommarktsystem gibt und dass der Wegfall von Kapazitäten im deutschen Bereich im europäischen Verbund ausgeglichen werden würde. Somit gäbe es keine Eins-zu-eins-Substitution der wegfallenden Kapazitäten. Damit würde Strom aus unseren deutschen Kraftwerken durch polnische und tschechische Kraftwerke ersetzt werden, die den Stand unserer Technik nicht abbilden. Deswegen ist es ein Stück weit ein Schildbürgerstreich.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Oh, lieber Gott!)

– Den lieben Gott gern anbeten! – Kommen wir zur Versorgungssicherheit, riskieren wir erhebliche Lücken, die gegen die Interessen der bayerischen Wirtschaft sind und entsprechend abgesichert werden müssen. Durch die Energiepolitik in der Vergangenheit, Herr Stümpfig, haben Sie – nicht Sie persönlich, sondern Ihre Partei – das EEG und eine massive Subventionierung von Energieformen mitzutragen, die vielleicht den Anstoß gegeben haben, aber das System Energie ganz schön ins Wanken gebracht haben. Durch einen Einspeisevorrang haben wir natürlich die Situation, dass wir große Strommengen ins Ausland exportieren, aber es ist leider nicht so, dass man diesbezüglich eins zu eins Kraftwerkskapazitäten substituieren kann. Das wäre ein Trugschluss und unehrlich.

Es zeichnet sich schon jetzt ab, dass wir mit dem Kernenergieausstieg, den wir beschlossen haben, und mit den Kohlekraftwerken, die nach ihrer technischen Laufzeit, nicht nach ihrer tatsächlichen Laufzeit, abgeschaltet werden, auf Versorgungsengpässe zusteuern, die unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen stellt.

Solange wir das Überangebot von Windenergie haben, das Überangebot von PV, aber keine geregelten Speichermöglichkeiten, ist es sehr gefährlich, in diese Richtung zu diskutieren. Noch einmal: Eine Forderung nach dem Kohleausstieg, ohne eine Lösung aufzuzeigen, ist aus meiner Sicht fahrlässig und keine seriöse Politik.

Ich komme zum letzten Punkt, der in den Anträgen ausgesprochen worden ist: die regionale Energiewende. Dabei sind unsere Ministerin Frau Ilse Aigner und Staatssekretär Franz Pschierer schon ein Stück weit ein Synonym dafür, dass die Energiewende in Bayern ernst genommen wird. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir den Energiedialog in Bayern geführt haben, der eine Blaupause für viele andere Bundesländer und andere Länder in dieser Welt ist, um die Energiewende voranzubringen.

Auch dabei ist es schon so, dass man versucht hat, eine maximale Bürgernähe bei der Energiewende zu erreichen, dass man die Erhöhung der Akzeptanz für die Energiewende forciert, dass man die Vermeidung von ineffizientem Netzausbau fokussiert und natürlich auch zahlreiche Programme anbietet. Ich nenne nur ein paar Stichworte: 10.000-Häuser-Programm, mit dem innovative Technologien gefördert werden, und die Energieberatung, die damit einhergeht.

Sie werden es kaum wissen: Auch die Dorfentwicklung bzw. die integrierte ländliche Entwicklung generieren Leuchtturmprojekte in der regionalen und lokalen Energiewende, wie zum Beispiel die Gemeinde Großbardorf mit ihrer Biogasanlage, die eine ganze Dorfgemeinschaft versorgt und unterstützt. Das sind beste Beispiele dafür, dass die Interessen ganz klar gelagert sind. Ferner möchte ich den Energiecampus nennen, der neue Materialien, neue Energieträger und Speicher fokussiert, und den Freistaat Bayern, der mit vielen hundert Millionen Euro aktiv ist.

Fazit: Politik sollte seriös sein, muss seriös sein. Ich bitte, das bei den Anträgen zu beachten. Ein Ad-hoc-Ausstieg aus der Kohleenergie gefährdet die Versorgungssicherheit

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

und damit den Wirtschaftsstandort. Alleingänge sind keine Lösung, sondern man muss den Gesamtkontext betrachten. Deswegen bin ich auch an der Stelle noch einmal angehalten zu sagen: Warten Sie doch erst einmal die Koalitionsverhandlungen ab. Vielleicht gibt es dort gewisse Punkte, die damit einhergehen und gewisse Dinge verändern. Es ist doch nicht unsere Aufgabe, heute hier irgendwo etwas übers Knie zu brechen und dort in diese Themen reinzupfuschen. Ich bleibe dabei: Diese Ausführungen sind nicht seriös.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kirchner. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Frau Gottstein. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Kirchner hat gerade erwähnt, dass Politik seriös sein müsse. Deshalb möchte ich zwei Anmerkungen zu Ihrem Redebeitrag machen. Erstens. Ich glaube, zu einer seriösen Politik gehört auch, wenn Sie einem Kollegen, wie gerade geschehen, vorwerfen, sich kurzfristig für das Thema Klima zu interessieren, Folgendes zu sagen: Sie sind seit 2013 im Bayerischen Landtag, Kollege Dr. Fahn ist es seit 2008. Sie können jeden Ihrer Kollegen fragen: Sogar der Böswilligste wird nicht bestreiten, dass sich Dr. Fahn beim Thema Asyl und beim Thema Klima in diesem Haus sehr wohl einen Namen gemacht hat und diese Themen immer wieder spiegelt. Ihm hier Oberflächlichkeit, quasi Kurzsichtigkeit, vorzuwerfen, ist unseriös.

Das Zweite. Jemandem, der gerade mit Temperament eine Rede gehalten hat und dabei sehr emotional war, die Bemerkung "Zeigen Sie nicht mit dem nackten Finger auf mich, das ist unanständig" entgegenzuhalten, würde ich noch verstehen. Der Kollege Dr. Fahn hat aber einen sehr sachlichen Redebeitrag geliefert, und Sie machen im Prinzip aus dem Nichts heraus eine solche Bemerkung, die vielleicht auf einem Schulhof gemacht werden kann.

(Erwin Huber (CSU): Seid doch nicht so beleidigt!)

Wenn ich zu einem Kollegen, der keinen Anlass dazu gibt, der seriös ist, sage "Zeigen Sie nicht mit dem nackten Finger auf mich, das ist unanständig", dann ist das nicht der Ton, den wir in diesem Hause haben sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Oberlehrerin!)

Sandro Kirchner (CSU): Frau Kollegin Gottstein, vielen Dank für den Hinweis. Ich muss mir das Protokoll erst durchlesen, damit ich die Reaktion in der Form nachvollziehen kann. Ich wüsste nicht, dass ich Herrn Dr. Fahn persönlich in der Form angegriffen habe. Ihre Bemerkung zeigt eher, dass Sie nicht auf die inhaltliche Diskussion eingegangen sind, sodass Sie inhaltlich anscheinend mit unserer Meinung konform gehen.

Herr Dr. Fahn, ich möchte die Punkte noch einmal in den Vordergrund stellen, damit Sie verstehen, warum ich diesen Hinweis und diese Anmerkung gemacht habe. Sie haben hier davon gesprochen, dass Sie, die FREIEN WÄHLER, für die Windkraft in Bayern einstehen und gegen die 10-H-Regelung der Bayerischen Staatsregierung sind. Daraufhin habe ich zum Ausdruck gebracht, dass genau Ihre Kollegen im Bayerischen Landtag aus der Partei der FREIEN WÄHLER vor Ort ein anderes Bild abgeben als das, das Sie hier suggeriert haben.

Das Gleiche gilt auch für die Diskussion über die Stromtrassen. Sie stellen sich dort, wo über Stromtrassen diskutiert wird, hin und fordern neue Kraftwerkskapazitäten, die geschaffen werden müssen. Hier im Plenum reden Sie aber von überflüssigen Stromleitungen etc. Deswegen möchte ich Ihnen, Frau Gottstein und Herr Dr. Fahn, sagen: Wenn Sie hier im Hause mit dem Finger auf andere Leute zeigen, dann müssen Sie es sich auch gefallen lassen, wenn man Ihre Schwächen aufzeigt.

(Beifall bei der CSU – Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das ist doch eine Stilfrage! – Erwin Huber (CSU): Oberlehrerin!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben dann eine weitere Zwischenbemerkung vom Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kirchner, Sie haben mir eben und in der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses vorgeworfen, dass unsere Anträge nicht konkret, sondern sehr nebulös und zu allgemein gehalten gewesen seien. Ich rufe es Ihnen noch einmal in Erinnerung: Wir haben einen Antrag zum Thema Lastenmanagement gestellt. Die Stromnetzentgeltverordnung belohnt momentan Unflexibilität. Wenn große Betriebe mit 7.000 oder 8.000 Jahresstunden praktisch das ganze Jahr durchlaufen, werden sie zu 80 % von den Netzentgelten befreit. Wir haben gesagt, das ist nicht mehr zeitgemäß, wir müssen Flexibilität belohnen. Ist das konkret, oder ist das nicht konkret? Vielleicht haben Sie es auch nicht verstanden.

Der zweite Antrag bezog sich auf den Photovoltaik-Ausbaudeckel. Wir haben ganz klar gesagt, wohin wir wollen und dass der Ausbau der Photovoltaik momentan hinten und vorne nicht reicht.

Beim dritten Antrag ging es um Befreiungen von Großunternehmen. Das Problem ist, dass die Privatkunden und die mittelständischen Betriebe immer mehr für den Strom bezahlen, die Großbetriebe aber immer weniger. Die ganz großen Unternehmen kaufen den Strom an der Börse für dreieinhalb bis vier Cent ein. Diese Entwicklung ist nicht in Ordnung. Ich glaube, Sie haben die Anträge im Ausschuss nicht verstanden.

Beim letzten Antrag ging es um Stromspeicher. Wir müssen es schaffen, dass die Stadtwerke Speicher im Rahmen ihrer Infrastrukturtätigkeit und nicht nur als Ausgleich für die Spannungserhaltung betreiben dürfen. Die Stadtwerke müssen Quartierspeicher bauen können, damit unsere Netze stabiler werden.

Das sind sehr konkrete Anträge. Im Wirtschaftsausschuss erleben wir aber Diskussionen, bei denen Sie innerhalb von ein bis zwei Minuten unsere Anträge ablehnen, obwohl wir uns damit viel Mühe geben und viel Sachverstand aufbringen. Sie sagen immer: Ja, Gott, das, was die GRÜNEN vorschlagen, macht doch alles keinen Sinn;

so kommen wir doch nicht weiter. – Wir müssen endlich einmal konstruktive Politik betreiben. Ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie sich mehr Mühe geben; denn auch die Wirtschaftsweisen haben zu unserem Antrag gesagt: Jawohl, in die Richtung müssen wir gehen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das muss Ihnen doch zu denken geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sandro Kirchner (CSU): Lieber Kollege Stümpfig, wenn Sie sich die letzte Sitzung des Wirtschaftsausschusses in Erinnerung rufen, müssten wir genau die Diskussion fortführen, die ich Ihnen hier schon zu vermitteln versucht habe. Sie haben es genau richtig gesagt, dass Ihre Anträge, die Sie einbringen, oft ohne Hintergrund und ohne Substanz sind. Sie haben eine Idee, und die Idee, irgendetwas zu verändern, ist manchmal gar nicht so schlecht. Sie schaffen es aber in den zwei Minuten, die Sie angesprochen haben, nicht, Ihre Idee mit Begeisterung rüberzubringen und mit Fakten zu belegen, die dann zeigen, dass diese Idee in der Realität auch funktionieren kann.

Wir stellen fest, dass Sie immer nur bestimmte Punkte ansprechen. Sie haben jetzt zum Beispiel die energieintensiven Unternehmen angesprochen. Sie sagen, diese müssen ab sofort anders behandelt werden, zeigen aber nicht auf, wie diese Unternehmen dann einem Wettbewerb standhalten sollen, wie sich diese Unternehmen nicht von einem Netz entsolidarisieren und wie sie die Arbeitsplätze und die Wirtschaftsfähigkeit des Standortes Bayern sicherstellen sollen. Das fehlt in Ihren Äußerungen. Deswegen bleibe ich dabei: Ihre Ideen sind gut, aber Sie müssen auch praxisorientiert und am Ende seriös sein. Das gelingt Ihnen in der ganzen Debatte über die Energiepolitik bislang leider nicht.

Mit Frau Kohnen haben wir uns letzte Woche an der gleichen Stelle auch unterhalten. Damals haben wir auch gesagt: Wenn man von den ideologischen Fragen Abstand

nimmt, kann man über die wirklichen Maßnahmen reden, die man auch verändern kann. Deswegen wären Sie gut beraten, wenn Sie endlich einmal versuchen würden, konstruktiv und nicht nur ideologisch zu arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe ehrlich gesagt nicht, worauf die Debatte, die jetzt über diese Anträge geführt wird, überhaupt hinausläuft. Herr Kirchner, man sollte den GRÜNEN nicht unterstellen, dass ihre Anträge im Ausschuss keinen Hintergrund hätten. Sie hatten tatsächlich schon einen Hintergrund, und darüber kann man reden.

Worüber reden wir aber heute? – Wir reden über einen Antrag der FREIEN WÄHLER, der lautet:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen zur regionalen Energiewende zu verstärken und in Land und Bund auf einen raschen Kohleausstieg hinzuwirken.

Was tut denn daran weh? – Nichts.

(Erwin Huber (CSU): Das bringt aber auch nichts!)

– Dann aber nur prophylaktisch zu sagen, das bringt nichts, dem stimme ich nicht zu, und das ist auch nicht wahnsinnig seriös.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Absichtserklärung, der man, glaube ich, nicht widersprechen kann und muss. Jetzt kommt der Antrag der GRÜNEN:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für den Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland einzusetzen. Grundlage des Kohleausstiegs soll ein Treibhausgasemissionsbudget sein, das sich aus der 1,5 Grad Zielsetzung des Pariser Klimaabkommens ergibt.

Das ist eine Zustandsbeschreibung.

Um dieses Budget einerseits möglichst sozialverträglich und stromwirtschaftlich sinnvoll einzusetzen und andererseits die Klimaziele für 2020 einzuhalten, ist eine kurzfristige Stilllegung von Kraftwerksüberkapazitäten im Braunkohlebereich erforderlich.

Das ist auch eine Zustandsbeschreibung, Herr Stümpfig. Was soll denn jetzt passieren? – Wenn diese kurzfristige Stilllegung erforderlich ist, müssten Sie diese Forderung an die Fraktion stellen, mit der Sie gerade Sondierungsgespräche in Berlin führen. Sie müssten dann fordern, dass das zu tun ist, und nicht nur beschreiben, dass es erforderlich ist. Mir kam es – das ist jetzt nicht böse gemeint, ich schätze Sie sehr – so vor, als wenn Sie uns mit Ihrer Rede einen Antrag erklärt haben, den Sie lieber Ihren eigenen Kolleginnen und Kollegen bei den GRÜNEN erklären sollten, damit diese die Kolleginnen und Kollegen von der Union überzeugen können, dass sie Ihren Forderungen zustimmen. Die GRÜNEN haben doch das Problem, dass in ihrem Zehn-Punkte-Programm für ein grünes Regieren an erster Stelle ein festes Datum steht, zu dem sie aus der Kohleverstromung raus wollen, nämlich 2030. Ihr Vorsitzender der GRÜNEN in Bayern sagt im Rahmen der Sondierungsgespräche mit der Union: Die GRÜNEN kämpfen nicht um Fetische, sondern um Inhalte. Sie haben aber, schwups, das Datum 2030 herausgenommen. Das kann man zwar machen, aber es wirkt dann verzweifelt, wenn Sie hier über den Kohleausstieg sprechen, im Regierungsprogramm aber schon den ersten Punkt herausnehmen.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Jawohl! So sind die GRÜNEN!)

Um es nicht ganz so niveauvoll auszudrücken: Wie weit sind Sie denn bereit, die Hose runterzulassen, damit alles funktioniert? – Mein Eindruck ist, dass Herr Kirchner von Ihnen noch viel mehr will. Wenn nämlich der Kollege Dobrindt, dem ich auch nicht die Niveaufrage stellen will, in Berlin sagt, das Abräumen von Schwachsinnsterminen sei noch kein Kompromiss, dann sieht es nicht gut aus, lieber Herr Stümpfig. Dort ist das Niveau auch nicht vorhanden, aber Sie haben im Prinzip Ihre eigene Grundüberzeugung ebenso zur Disposition gestellt.

(Widerspruch bei der CSU)

– Wo haben Sie denn ein Problem? Sie müssen jetzt nicht herumkeifen, ich habe nur Herrn Dobrindt zitiert. Das ist doch nicht mein Zitat.

(Sandro Kirchner (CSU): Sie haben Herrn Kretschmann zitiert!)

Herr Stümpfig, das Problem ist doch im Prinzip: Sie müssen Ihre eigenen Leute davon überzeugen, dass sie sich, wenn sie Fetische köpfen, in der Gefahr befinden, ihre Grundüberzeugungen aufzugeben. Insofern sage ich Ihnen ehrlich: Wenn Sie solche Anträge schreiben, dann machen Sie es doch konkret. Sagen Sie genau, was Sie haben wollen; denn nur, dass etwas erforderlich ist oder nicht, ist zu wenig, und es ist schade um die Mühe. Wir werden der Zustandsbeschreibung in Ihrem Antrag jedenfalls zustimmen, weil wir sagen, dass beide Anträge in Ordnung sind.

Sie haben auch das Wort Politikverdrossenheit in den Mund genommen. Das ist schwierig, weil zum Beispiel Cem Özdemir auf Twitter – damals waren es noch 140 Zeichen – schreibt:

Jetzt schrittweisen #Kohleausstieg sorgfältig planen, damit wir ihn zukünftig sozialverträglich umsetzen & #Klimaschutzziele erreichen.

Dazu kann ich nur sagen: So what? Was wollt ihr eigentlich?

Mein Appell ist: Sondierungsgespräche nicht in diesem Parlament, sondern in Berlin oder in der eigenen Partei!

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Aigner.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim letzten Teil kann ich Frau Kollegin Kohnen zustimmen. Ich denke auch, dass es wenig Sinn macht, in diesem Haus Sondierungsgespräche zum Thema Energie zu führen, weil sie in der Tat zu diesem Thema gerade stattfinden. Es ist unbestritten, dass wir hier eine große Aufgabe vor uns haben. Es ist auch unbestritten – in diesem Haus würde das keiner abstreiten –, dass das Thema Klimawandel für uns ein zentrales Thema und nicht irgendein Thema ist. Es ist ein wichtiges Thema, das will ich ausdrücklich noch einmal betonen.

Wir haben aber ebenso gerade festgestellt, dass man – auch nach meinem Dafürhalten – bei der Thematik, wie man das schafft, auch eine ganzheitliche Betrachtung anlegen sollte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Klimaziel ist das eine. Es wird aber nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und in der Welt erstellt, und deshalb müssen wir den Fokus vergrößern und sehen, wie das Stromsystem insgesamt funktioniert.

Das Zweite ist, dass die Kolleginnen und Kollegen auch bei den Sondierungsgesprächen der GRÜNEN sehr wohl schon eingeräumt haben, dass es einerseits das Klimaziel gibt und andererseits ein Zieldreieck; das bedeutet, wir brauchen auch Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Diese drei Punkte sind immer einigermaßen gleichwertig zu behandeln, weil das System sonst nicht funktionieren wird.

Ich gehe jetzt einfach einmal vom Zeitfaktor aus: Das Thema Kohleausstieg hat auch eine andere Organisation, die Agora Energiewende, untersucht. Diese hat ebenfalls

gesagt, dass 2030 schlicht und ergreifend nicht zu stemmen sei, weil unser System das nicht aushalte. Die Agora Energiewende ist nicht unbedingt eine Institution, die eine Unions- oder CSU-Politik eins zu eins vertreten würde, sondern sie hat auch einen realistischen Blick darauf, was uns das am Schluss kostet, weil die Kraftwerksbetreiber schlicht und ergreifend bezahlt werden müssen, wenn sie die Kraftwerke früher stilllegen. Das gehört letztendlich dazu und ist die eine Geschichte.

Die andere ist das Thema Versorgungssicherheit. Ja, der Kollege Stümpfig hat recht, teilweise exportieren wir Strom. Die Menge allein ist aber nicht aussagekräftig, sondern Sie müssen auch immer den Zeitpunkt betrachten. An einem Tag mit viel Wind und Sonne wird exportiert. An Tagen wie heute, wenn praktisch keine Sonne scheint und vielleicht auch noch Windstillstand herrscht, brauchen Sie dann aber Kapazitäten, und zwar am besten im eigenen Land und nicht irgendwo anders.

Wenn es geht, sollten sie sich auch möglichst nah an den Verbrauchszentren befinden. Das hat mit der Netzstabilität zu tun, und Herr Stümpfig hat in der Tat zu Recht gesagt, man müsse darauf achten, dass sie dezentral einigermaßen verfügbar seien. Das muss jetzt nicht in jedem Ort sein, aber die "Blindleistungskapazität" und die "rotierenden Massen" – das will ich jetzt als Fachchinesisch einwerfen – sind natürlich schon eine Komponente, und mich beruhigt es deshalb auch nicht, wenn die Kapazitäten, die wir herausnehmen, dann in Polen oder Frankreich zur Verfügung stehen.

Nicht die Haushalte, sondern unsere Wirtschaftsbetriebe verbrauchen 80 % des Stromes, um eine verlässliche Energieversorgung zu haben. Wir müssen uns deshalb über einen vernünftigen Pfad unterhalten. Wir haben keine Braunkohlekraftwerke – das ist eher ein Problem von Thüringen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen oder dem Saarland –, aber unser Problem ist die Notwendigkeit einer jederzeit vorhandenen Versorgungssicherheit. Darum geht es essenziell, und es wäre deshalb sinnvoll, genauso wie bei der Kernkraftausstiegskommission gemeinsam einen vernünftigen Weg zu finden, der bezahlbar ist und bei dem die Versorgungssicherheit im Hintergrund

steht. Vielleicht hat Herr Trittin künftig ja Kapazitäten frei, und nebenbei bemerkt: Er hat das gar nicht so schlecht gemacht.

Ich will auch noch etwas zum Thema dezentrale Versorgung sagen. Herr Dr. Fahn, ich werfe Ihnen jetzt nichts vor, sondern will nur darauf hinweisen, dass wir in einem System leben, in dem nicht der Freistaat Bayern, nicht Baden-Württemberg und auch nicht der Landkreis XYZ sagen können: Ich bestelle jetzt einfach einmal Strom, egal woher er kommt oder was er kostet. – Es gibt das europäische Strommarktsystem Merit-Order, in dem letztendlich immer als Erstes die billigsten Kraftwerke zugeschaltet werden. Wenn wir unsere abschalten, dann wird daher eben nicht in Bayern etwas zugeschaltet – leider auch nicht unsere Gaskraftwerke –, sondern es sind die dreckigen Kohlekraftwerke in Polen und Tschechien. Alle einschlägigen Studien bestätigen, dass wir 60 % wieder durch CO₂ ersetzen, das woanders produziert wird, wenn wir sie komplett und ohne einen vernünftigen Verlauf einfach herausnehmen. Ich weiß nicht, ob der CO₂-Reduzierung bzw. der Bekämpfung des Klimawandels damit nachhaltig gedient ist. Ich meine nicht.

Mein Appell ist deshalb kein Wunsch-Dir-was, sondern ein unter den bestehenden Bedingungen vernünftiges europäisches System, in dem dieses Zieldreieck dementsprechend erreicht ist. Das war das zum Strom.

Ich möchte aber auch gerne noch etwas in der Gesamtschau dazu sagen, weil noch mehr hineinspielt. Ja, wir haben auch noch andere Sektoren, und ich bin ein großer Fan davon, dass wir gerade im Wärmebereich stark darauf achten, wie wir die Sektorenkopplung hinbekommen, und wir im Wärmebereich die Energie erst einmal nicht verbrauchen. 40 % des CO₂-Ausstoßes resultieren aus dem Wärmebereich, und hoffentlich gelingt es uns endgültig, dass wir die energetische Gebäudesanierung steuerlich unterstützen können. Davon sprechen wir seit Jahren, und es ist unter anderem am Bundesrat wegen der Kosten gescheitert, weil sie die Kostenausfälle nicht haben wollten. Sinnvoll wäre das aber mit Sicherheit gewesen.

Der Kollege Stümpfig hat gesagt: Wir wollen beim Transport umsteigen. – Ja, wir werden auch hier die Energieemissionen verringern müssen. Ob die Elektromobilität allein aber die Lösung ist, wenn der Strom sozusagen nicht CO₂-neutral entsteht, dahinter mache ich ein Fragezeichen. Vielleicht gibt es auch einen vernünftigen Mix und alternative Kraftstoffe, die weniger Emissionen freisetzen. Lassen Sie uns bitte darauf technologieneutraler und nicht so ideologisch bauen. Es ist ein Gesamtsystem, das sehr sensibel ist und in dem wir mit großer Verantwortung für unser Land – und damit meine ich ausdrücklich nicht nur Bayern, sondern Deutschland als Industrieland mitten in Europa – mit großer Sorgfalt arbeiten müssen. Hauruck-Aktionen helfen dabei meines Erachtens überhaupt nichts.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst eine vom Kollegen Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Staatsministerin Aigner, Sie haben jetzt erwähnt, dass wir dreckige Kohlekraftwerke in Polen anwerfen, wenn wir unsere stilllegen. Wir müssen aber auch sehen, dass Deutschland vom Braunkohleverbrauch und von der Braunkohleverstromung her das Land ist, das weltweit am meisten Braunkohle – die größte Dreckschleuder überhaupt – einsetzt. Von daher gesehen muss ein klarer Ansatz sein: Raus aus der Braunkohle, rein in saubere Technologien. In unserem Antrag haben wir das formuliert.

Bayern kommt dabei eine besondere Rolle zu, weil es sehr schwierig ist, sich mit der SPD und der CDU in Nordrhein-Westfalen und mit den LINKEN und der SPD in Brandenburg darauf zu einigen. Bayern kann die klare Haltung einnehmen, dass wir aus der Kohleverstromung heraus müssen. Wenn man sich ansieht, wie viele Unternehmen deutschlandweit jetzt sagen, jawohl, wir brauchen einen klaren Ausstiegsplan, dann ist das überreif. Ich würde mir deshalb wünschen, dass aus Bayern das klare Signal kommt: Wir sind für den Kohleausstieg.

In unserem Antrag haben wir den Gedanken mit dem Budget noch einmal gebracht, weil das wichtig ist. Wenn wir nach wie vor Braunkohle bzw. Kohle in großem Umfang verstromen, müssen wir das an anderer Stelle wieder einsparen, weil wir die absolute Menge nicht überschreiten dürfen. Das bedeutet mehr Anstrengungen im Verkehrsbe-
reich, mehr Anstrengungen im Wärmebereich und mehr Anstrengungen im Landwirt-
schaftsbereich. Das ist dann weitaus schwieriger. Das einfachste und effizienteste Mit-
tel ist der Kohleausstieg so schnell wie möglich. Es geht nicht darum, dass vielleicht
noch ein Kohlekraftwerk übrig bleibt, das während des Jahres für ein paar Stunden
einspringt. Aber der Dauerdurchlauf von großen Kohleblöcken passt einfach nicht
mehr in unsere Zeit. Diese Dinosaurier brauchen wir nicht mehr. Deswegen wünsche
ich mir ein klares Signal von der CSU nach Berlin, dass der Kohleausstieg jetzt ange-
packt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Stümpfig, das
war keine Frage, sondern das waren viele Anmerkungen. Ich kann nur versuchen, die
Antwort zu wiederholen.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Es heißt ja auch Zwischenbemerkung!)

Es geht nicht um die Frage, ob wir bei Kohle viel einsparen können. Es bleibt trotzdem
dabei, dass wir das Zieldreieck vernünftig einhalten müssen. Nach meinem Kenntnis-
stand erfolgt 2022 die Abschaltung aller Atomkraftwerke, auch in Bayern. Für Mün-
chen kommt hinzu, dass in Bayern genau dann zwei Kraftwerke abgeschaltet werden,
wenn es für Süddeutschland tendenziell knapp wird. Ich kann nur noch einmal sagen:
Ich will nicht, dass bei uns irgendwann einmal die Lichter ausgehen. Ich will auch
nicht, dass wir hier abschalten und den Strom dann aus Gegenden importieren, wo
nicht CO₂-schonend produziert wird. Dabei bleibe ich. Ich halte das für eine schlichte
Milchmädchenrechnung. Ich bin aber gerne dazu bereit, mit Ihnen über einen vernünf-
tigen Ausstiegspfad zu diskutieren. Aber ich diskutiere nicht über herausgegriffene

Punkte. Das können wir aber heute und hier nicht machen. Der Ausstieg muss vernünftig mit Blick auf das Zieldreieck gestaltet werden. Das kann ich Ihnen zusagen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Ministerin, unser Antrag ist weder ideologisch noch enthält er eine Milchmädchenrechnung. Im Antrag ist keine Jahreszahl enthalten. Ich lese Ihnen den Antragstext vor. Ich möchte danach von Ihnen wissen, warum Sie diesen ablehnen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Anstrengungen zur regionalen Energiewende zu verstärken und in Land und Bund auf einen raschen Kohleausstieg hinzuwirken.

Bitte nehmen Sie zu diesem Antrag Stellung. Erklären Sie mir bitte nicht, was Sie sonst noch machen. Das weiß ich schon alles. Was stimmt Ihrer Meinung nach nicht an diesem speziellen Antrag?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Der ist so larifari formuliert!)

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): – Herr Dr. Fahn, das kann ich Ihnen schon sagen. Erstens. Sie brauchen uns nicht aufzufordern, die Anstrengungen zu erhöhen. Wir machen das nämlich pausenlos.

(Lachen bei der SPD)

– Ganz ruhig. Deshalb habe ich Ihnen in der letzten oder vorletzten Sitzung versucht zu erklären, welche Auswirkungen die Förderung der erneuerbaren Energien für den Freistaat hat. Wir müssen in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen, dass wir in Bayern überhaupt noch einen Zubau bekommen. Das ist aber keine Frage der Anstrengung von uns, sondern der Rahmenbedingungen.

Zweitens. Was heißt denn bitte "rascher Ausstieg"? – Ich habe gerade versucht zu erklären, dass "rasch" nicht das entscheidende Kriterium ist. Wir müssen einen vernünftigen Pfad beschreiten, der die drei Punkte im Visier behält, die ich vorhin genannt habe. Wir dürfen nicht einseitig auf einen schnellen Kohleausstieg setzen. Der Weg muss vernünftig sein. Das ist meine Antwort.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Die Anträge werden zur Abstimmung getrennt.

Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18872 – das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER – abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und der Kollege Muthmann (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun komme ich zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18863. Das ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 14.54 bis 14.59 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen die Stimmen außerhalb des Sitzungssaales aus. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Pariser Klimaabkommen umsetzen: Kohleausstieg zügig einleiten", Drucksache 17/18863, bekannt. Mit Ja haben 57 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 76 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.11.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Pariser Klimaabkommen umsetzen: Kohleausstieg zügig einleiten (Drucksache 17/18863)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Gesamtsumme	57	76	0